

REFORM**Wartezeiten sollen gesenkt werden**

WIEN. Anlässlich des Zusammentreffens von Grippewelle und Urlaubszeit hatte Patientenanwalt Gerald Bachinger auf die langen Wartezeiten im öffentlichen Gesundheitswesen hingewiesen. Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein (Bild 2.v.re.) traf nun Vertreter der Ärzte- und Apothekerkammer als auch der Sozialversicherung zu einem Gipfelgespräch im Ministerium.

Konkrete Reformansätze

Während weitgehende Einigkeit darüber herrschte, dass im internationalen Vergleich die Wartezeiten auf einen Arzttermin in Österreich vergleichsweise gering sind, war ebenso klar, dass es gemeinsamer Anstrengungen bedarf, um noch besser zu werden. Weniger klar war die Frage der Ursache von Wartezeiten.

Am Ende des Gipfelgesprächs herrschte allerdings Konsens darüber, dass sich die Sozialversicherungen mit den Ärzten zusammensetzen werden, um über die Einführung eines Wartezeitenmanagements Gespräche aufzunehmen – für Beobachter ist das ein Meilenstein, der bis vor wenigen Wochen nahezu undenkbar gewesen wäre. (iks)



© Sozialministerium



© APA/Roland Schlager

Die Sozialausgaben in Österreich sichern einen Großteil der Bevölkerung vor Armutsrisiken ab, lobt die OECD.

Sozialquote: Lob und Kritik

Österreich liegt bei den Sozial- und Gesundheitsausgaben im europäischen Spitzenfeld. Zuletzt sind sie leicht gesunken.

WIEN/BRÜSSEL. Österreichs Sozialausgaben lagen 2016 mit einem Anteil von 21,6% am BIP an vierthöchster Stelle in der EU. Spitzenreiter war laut Eurostat-Daten Finnland mit 25,6% vor Frankreich (24,4%) und Dänemark (23,4%). Schlusslicht ist Irland mit 9,9% BIP-Anteil im Sozialbereich. Der EU-Durchschnitt betrug 19,1%.

Gegenüber dem Vorjahr sind die Sozialausgaben damit um 0,1 Prozentpunkte leicht ge-

sunken. Im Gesundheitsbereich weist Österreich mit einer Rate von 8,0% am BIP die dritthöchsten Ausgaben auf. Die höchste Quote hat hier Dänemark mit 8,6%, vor Frankreich (8,1%) und Österreich. Der EU-Durchschnitt liegt bei 7,1%.

Ausgaben sinken bereits

Bei den Gesamtausgaben des Staats, gemessen am BIP, lag Österreich 2016 mit 50,7% am BIP an fünfter Stelle. Den ersten

Platz belegt weiterhin Frankreich mit 56,4%, vor Finnland (56,0%), Dänemark (53,6%). Österreich konnte gegenüber 2015 seine Staatsausgaben von 51,6 auf nunmehr 50,7% reduzieren.

Lob kam zuletzt aber auch von der OECD, die anmerkte, dass Österreich mit den Sozialausgaben nahezu die gesamte Bevölkerung erreicht und etwa alle Menschen eine Gesundheitsabsicherung haben. Das senke auch das Armutsrisiko. (iks)

Betriebswirte sind gefragt

Gesundheitswesen sucht Wirtschaftsexperten.

HALL. Im Rahmen einer Studie hat das Institut für Management und Ökonomie im Gesundheitswesen (IMÖG) der Tiroler health and life sciences Universität UMIT den Bedarf von Betriebswirten im Gesundheitswesen erhoben. Dabei waren sich 64% der befragten 42 kaufmännischen Direktoren von Krankenhäusern, Krankenkassen und Reha-Zentren, Heimleiter von

Pflegeheimen sowie Gesundheits- und Medizinunternehmen aus der Privatwirtschaft vor allem aus Tirol, aber auch aus Vorarlberg und Südtirol einig, dass die momentanen Chancen für Betriebswirte, im Gesundheitswesen Fuß zu fassen, „gut“ bis „sehr gut“ sind. Beinahe 67% gehen davon aus, dass der Bedarf nach Betriebswirten weiter steigen wird. (iks)



© UMIT